

Johanna Schöch

**Österreichisches Braunvieh in Tunesien.**  
Die österreichische Entwicklungshilfe am Beispiel der  
Musterfarm Zama.

Forschungsseminar Archive des Helfens? Das Mittelalter der  
österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, Studienjahr 2014

**Wien 2016**

# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	3
1.1 Quellenmaterial und Herangehensweise .....	4
2. Kontext .....	5
2.1 Österreichs Ansatz zur Entwicklungshilfe .....	5
2.1.1 Entwicklungsländer als zukünftige Kunden .....	6
2.1.2 Der gemeinsame Nutzen .....	6
2.1.3. Priorität bilateralen Engagements gegenüber multilateraler Hilfe .....	7
2.1.4. Drohende Konflikte .....	8
2.1.5. Absatzkrise .....	8
2.1.6. Sonderrolle Österreichs .....	9
2.2 Außenpolitische Beziehung Österreichs zu Tunesien .....	9
2.2.1 Besuchsdiplomatie .....	10
2.2.2 Bilaterale Abkommen .....	12
3. Die Musterfarm Zama .....	14
3.1 Überblick .....	15
3.2 Der Lange Weg zum Vertrag .....	17
3.3 Die Beziehung zu anderen Gebern .....	20
3.4 Eigeninteresse .....	22
3.5 Unzufriedenheit mit dem tunesischen Projektpartner .....	24
3.6 Selbsteinschätzung .....	26
3.7 Überhörte Kritik .....	26
3.8 Sekundärliteratur .....	30
4. Conclusio .....	30
5. Quellen .....	31

# 1. Einleitung

Österreich erhielt nach 1945 aus dem *European Recovery Program*, dem sogenannten Marshallplan, Geldmittel, um damit den Wiederaufbau der heimischen Wirtschaft zu unterstützen. Der Marshallplan gilt als Prototyp der Entwicklungshilfe, an dessen Beispiel sich die späteren Entwicklungshilfebestrebungen orientiert haben. Mit dem starken Wirtschaftswachstum entwickelte sich Österreich in den 1950er Jahren von einem Empfängerland hin zu einem Geberland. 1955 trat Österreich den Vereinten Nationen bei; 1961 war Österreich ein Gründungsmitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Nachfolgeorganisation der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC). Parallel zu diesen Beitritten in Internationale Organisationen veränderte sich die Politik Österreichs von einer starken Innenausrichtung hin zu einer aktiveren Außenpolitik. Gleichzeitig bedeutete vor allem die Mitgliedschaft in der OECD auch die verpflichtende Leistung von Entwicklungshilfe.

Ab den 1960er Jahren gab es unterschiedliche Projekte Österreichs im Namen der Entwicklungshilfe. Das Thema der vorliegenden Arbeit ist das entwicklungspolitische Engagement Österreichs in Tunesien. Von österreichischer Seite wurden von Mitte der 1960er bis in die 1980er Jahre mehrere Projekte in Tunesien durchgeführt, bei denen Rinder der Rasse Braunvieh aus Österreich nach Tunesien exportiert wurden. Im Rahmen von Musterfarmen oder durch die Abgabe von Tieren an tunesische Bauern und Bäuerinnen ermöglichte das eine industrielle Rinderzucht in Tunesien und kam der wachsenden Nachfrage nach Milchprodukten in Tunesien und dem nordafrikanischen Raum allgemein entgegen.

Als erstes Projekt wurde die Farm Zama in Bou-Salem im Nordwesten Tunesiens mit österreichischem Braunvieh beliefert und unter österreichischer Leitung einige Jahre bewirtschaftet. Thema dieser Arbeit ist vor allem dieses erste Rinderzuchtprojekt. In zwei weiteren Projekten wurden Kalbinnen<sup>1</sup> bzw. Zuchtstiere an Bauern und Bäuerinnen verteilt, mit dem Ziel, die einheimische Rinderrasse im Rahmen einer Verdrängungskreuzung leistungsfähiger zu machen. Eine zweite Musterfarm namens Bouzid wurde 1980 von österreichischer Seite übernommen und ab Ende der 1980er folgte noch ein weiteres Braunviehprojekt, in dessen Rahmen Rinder an Kleinbauern vergeben wurden. Der Fokus dieser Arbeit liegt auf der Art und Weise, wie Österreich die Entwicklungshilfeprojekte in Tunesien in Angriff genommen hat. Die zu beantwortenden

---

<sup>1</sup> Der Begriff Kalbin bezeichnet ein weibliches, geschlechtsreifes Rind vor der ersten Abkalbung. Im Fall der Rinderprojekte von Österreich in Tunesien wurden trächtige Tiere exportiert.

Forschungsfragen sind:

*Wie ist österreichisches Braunvieh nach Tunesien gekommen?*

*In welchem Kontext sind die Entwicklungshilfeprojekte verortet?*

*Welche Interessen stehen hinter den Projekten?*

*Welche Aspekte sind charakteristisch für die Arbeitsweise und Grundhaltungen der beteiligten österreichischen Akteure auf der Farm Zama?*

Um ein besseres Verständnis für die Funktionsweise des Projektes Musterfarm Zama und für das österreichische Engagement in Tunesien zu bekommen, ist die vorliegende Arbeit in zwei Teile gegliedert.

Der erste Teil der Arbeit ist dem Rahmen des Projektes gewidmet. Dabei geht es zum einen um die Frage, wie sich die entwicklungspolitische Diskussion hinsichtlich Notwendigkeit, Interessen und Legitimation von Entwicklungshilfe in Österreich in den 1960ern dargestellt hat. Dafür wird die entwicklungspolitische Diskussion in Österreich aufgegriffen und es werden die mit der Entwicklungshilfe verbundenen Motive, Hoffnungen und Ziele erläutert. Zum anderen geht es um die außenpolitischen Beziehungen zwischen Österreich und Tunesien, die eine Zusammenarbeit und damit die Idee einer Musterfarm mit österreichischem Braunvieh erst möglich gemacht haben. Der zweite Teil der vorliegenden Arbeit beschäftigt sich mit den Rinderfarmprojekten selbst und dabei vor allem mit der Musterfarm Zama<sup>2</sup>. Dabei wird erst ein kurzer Überblick über die Abläufe und Organisationsweisen gegeben, bevor auf einzelne Aspekte näher eingegangen wird.

## 1.1 Quellenmaterial und Herangehensweise

Im ersten Teil der Arbeit wird mithilfe von Zitaten aus Zeitungsartikeln, Originalaussagen und Reden von wichtigen Politikern<sup>3</sup> in Österreich in den 1960er und 1970er Jahren die

---

2 Wichtig zu erwähnen ist, dass ausschließlich die österreichische Perspektive Thema dieser Arbeit ist und ausschließlich österreichisches Quellenmaterial analysiert wurde. Die Perspektive des Empfängerlandes Tunesien, ob als Staat in seiner Gesamtheit, als entscheidende Politiker\_innen oder als ländliche Bevölkerung oder die Arbeiter\_innen auf den Rinderfarmen, ist mangels zugänglichem Quellenmaterial in Wien nicht Thema dieser Arbeit und wird außenvorgelassen. Ebenso nicht Ziel dieser Arbeit ist eine Einschätzung über die „Effektivität“ der Projekte in Tunesien.

3 Obwohl die Notwendigkeit einer geschlechtergerechten Sprache außer Diskussion steht, wird hier von Akteuren in der männlichen Form gesprochen. Sowohl die publizierten Aussagen zur Entwicklungshilfe, die als Primärquellen für den ersten Teil der Arbeit dienen wie auch die Personen, die die Briefe und Korrespondenzen verfasst haben, die die Grundlage für den zweiten Teil der Arbeit bilden, waren allesamt Männer. Eine sprachliche Berücksichtigung anderer Geschlechter wäre somit irreführend.

Idee hinter dem Konzept Entwicklungshilfe in den Augen der zu dieser Zeit handelnden und an der Entscheidungsfindung teilnehmenden Akteuren gezeigt. Als Primärquellen dienen Artikel aus den Zeitschriften der beiden Großparteien: Die Zukunft - sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur als die Parteizeitschrift der SPÖ, sowie die Österreichischen Monatshefte, die Parteizeitschrift der ÖVP. Als weitere Primärquellen werden Politikerreden (wie von Bruno Kreisky), Artikel der Arbeiterzeitung, Aussendungen des Basisdienstes der Österreichischen Presseagentur (APA – Austrian Press Agency) sowie Beiträge der Österreichischen Zeitschrift für Außenpolitik (ÖZfA) verwendet.

Der zweite Teil der Arbeit über die Musterfarm Zama basiert auf der Korrespondenz zwischen dem Projektträger *Austrovieh* und dem ihm übergeordneten Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft einerseits und den Mitarbeitern von *Austrovieh*, die auf besagter Farm in Tunesien tätig sind, andererseits. Diese mehrere Ordner füllenden Briefe, Berichte und Mitteilungen wurden als Primärquellen gesichtet, exzerpiert, nach ihrer Relevanz über die rein technische Berichterstattung hinausgehenden Inhalte gesammelt und in Kategorien eingeteilt, die es ermöglichen, die Herangehensweise an die Projekte von österreichischer Seite darzustellen. Des Weiteren werden Zeitungsausschnitte und APA-Meldungen aus der Zeit des österreichischen Engagements in Tunesien verwendet, um die öffentliche Darstellung der Rinderfarmprojekte beschreiben zu können. Ziel der Arbeit ist es, einen Einblick in die Funktionsweisen der frühen österreichischen Entwicklungshilfeprojekte zu bieten und deren Interessens- und Konfliktfelder aufzuzeigen.

## 2. Kontext

### 2.1 Österreichs Ansatz zur Entwicklungshilfe

Bruno Kreisky sprach am 23. Juni 1962, wenige Tage vor der “Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft” darüber, dass es wichtig sei

“nachzudenken, wie man die überschüssige Produktionskapazität, [...] die menschlichen und die materiellen Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, zu einem Teil jenen Ländern zur Verfügung stellen könnte, die sie brauchen, und welche wir so in die Lage versetzen, allmählich unsere Waren nach kommerziellen Gesichtspunkten zu beziehen.” (Kreisky, 1962, S.355)

Eine solche Vision der Nutzung von Überproduktion in österreichischen Unternehmen, die nach Kreisky unter Umständen in Kauf zu nehmen ist, um die Arbeitslosigkeit in

Österreich niedrig zu halten, ist charakteristisch für die Auffassung von Sinn und Zweck der Entwicklungshilfe in den 1960er und 1970ern. Neben der Hilfeleistung für notleidende Menschen, deren momentane Situation nach Kreisky “vom humanitären Gesichtspunkt intolerabel” (Kreisky, 1964a, S.521) war, sollte auch die einheimische Wirtschaft profitieren.

Es ging bei „Entwicklungshilfe“ somit nicht nur um eine Leistung an die Empfängerländer, sondern gleichzeitig auch um eine Hilfe an die innerstaatliche (vor allem verstaatlichte) Wirtschaft. Hier sollen nun ein paar Aspekte beleuchtet werden, die mit dieser Verquickung von eigenem Vorteil und Entwicklungshilfe<sup>4</sup> in der österreichischen Debatte der 1960er und 1970er Jahre immer wieder vorkommen.

### 2.1.1 Entwicklungsländer als zukünftige Kunden

Eine zentrale Argumentationslinie für die Notwendigkeit von Entwicklungshilfe ist der Blick in die Zukunft. Eine Zukunft, in der, ganz gemäß modernisierungstheoretischen Vorstellungen, die nachholende Entwicklung erfolgreich gelungen ist, und in der die früheren Empfängerländer zu potenten Marktteilnehmern geworden sind. Der ÖVP-Nationalratsabgeordnete Ludwig Weiß verwendet diese Vorstellung der „rosigen“ Zukunft als Legitimation der Entwicklungshilfe: „Wir müssen unseren Blick in die Zukunft richten, die Entwicklungsländer werden die Handelspartner unserer Kinder sein.“ (Weiß, 1962, S.67) Bewusst oder unbewusst vermitteln seine Ausführungen auch, dass in dieser Zukunft die Arbeitsteilung doch nicht ganz gleichwertig ist. So schreibt er weiter, „sie [die Entwicklungsländer] werden uns Rohstoffe und Waren liefern und wir werden dort unsere Produkte absetzen.“ (Weiß, 1962, S.67) Dieselbe Idee von den Entwicklungsländern als zukünftig wirtschaftlich-potente Marktteilnehmer teilt auch Kurt Prokop, der Gegner\_innen von Entwicklungshilfeleistungen entgegenhält, sie würden in ihrer Kritik nicht bedenken, „daß höher entwickelte Volkswirtschaften wesentlich bessere Kunden sind als wirtschaftlich rückständige Gebiete.“ (Prokop, 1962, S.72)

### 2.1.2 Der gemeinsame Nutzen

Entwicklungshilfeleistungen des „Westens“ als notwendiges Mittel zur Eindämmung des Einflusses der kommunistischen Staaten war vor allem in den Anfangszeiten der österreichischen Entwicklungshilfe ein weit verbreitetes Argument zur Legitimation des Engagements Österreichs in außereuropäischen Staaten (vgl. Hödl, 2004, S.198f). Der Sozialdemokrat Carl Czernetz stellte sich schon 1957 gegen diese Idee der Legitimation von

---

<sup>4</sup> Einer Verbindung, die sicherlich nicht nur auf österreichische Entwicklungshilfeleistungen zutrifft, sehr wohl aber für die österreichische Herangehensweise kennzeichnend ist.

Entwicklungshilfe durch Antikommunismus und brachte dagegen das Argument des gegenseitigen Nutzens ins Spiel:

„Im Westen hält man die Unterstützung der sogenannten unterentwickelten Länder für notwendig, um sie gegen die Sowjetpropaganda immun zu machen. Diese Betrachtung ist falsch und gefährlich. [...] Jede Hilfe in Form des Almosens ist demütigend, [...] [d]ie Hilfe der industriell hochentwickelten Staaten des Westens für die in Entwicklung befindlichen Wirtschaften der Völker des Ostens<sup>5</sup> nützt beiden Teilen. Es ist daher kein Geschenk und keine Gnade, sondern eine gegenseitige Hilfe“ (Czernetz, 1957, S.137).

Diesem Leitbild der gegenseitigen Hilfe entsprechend, wird zwar auch der Nutzen der Geberländer erwähnt, doch gleichzeitig bleibt das Verhältnis zwischen den Parteien unbeleuchtet, wer wie von wem und wie stark durch die „gegenseitige Hilfe“ profitiert, bleibt unerwähnt.

### 2.1.3. Priorität bilateralen Engagements gegenüber multilateraler Hilfe

Ein weiterer Punkt, der in den einzelnen Wortmeldungen des Öfteren angesprochen wird, ist die Frage, ob Entwicklungshilfe am Besten in internationaler oder bilateraler Form geleistet werden soll. In der Erklärung der Salzburger Konferenz der Theodor-Körner-Stiftung über die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft (1962) wird die internationale Hilfe befürwortet: „Die Wirtschaftshilfe sollte im größtmöglichen Ausmaß über die Vereinten Nationen geleitet werden.“ Weiter ist das deklarierte Ziel, dass „entwickelte Länder [...] in der Form von staatlichen Krediten, Zuwendungen und technischer Hilfe (zum Unterschied von staatlichen oder privaten Kapitalinvestitionen oder kommerziellen Krediten)“ (Theodor-Körner Stiftung, 1962, S.214) Entwicklungshilfe leisten.

Deutlich gegen den Ansatz multilateraler Hilfe wendete sich Carl H. Bobleter, ÖVP-Staatssekretär im Außenministerium und zuvor Vertreter Österreichs bei der OECD in Paris: Österreich engagiere sich sowohl in internationaler als auch in bilateraler Hilfe, wobei letztere in der Zukunft verstärkt werden sollte, da sie seiner Ansicht nach die bessere Art darstellt, weil „sie dem Geberland die Möglichkeit gibt, eine verstärkte Kontrolle über die Verwendung der Hilfeleistungen zu behalten.“ (Bobleter, 1966, S.66) Ein weiterer Vorteil der bilateralen Hilfe wäre laut Bobleter, dass auch eine „gewisse Werbewirkung für den Geber selbst“ (Bobleter, 1966, S.66) erzielt werde. „Verstärkte Kontrolle“ durch den Geber bedeutet dabei selbstverständlich die Möglichkeit zu bestimmen, bzw. dem Empfängerland vorzuschreiben, welche Produkte mit den zur

---

<sup>5</sup> Interessanterweise verwendet Czernetz hier den Dualismus Westen-Osten, der meist politisch konnotiert ist, anstelle des Dualismus Norden-Süden, der mit der wirtschaftlichen Textierung und dem Verhältnis von Industrieländer – Entwicklungsländern in Verbindung steht. Näheres zu diesen beiden Konfliktlinien und ihren Überschneidungsfeldern bei Gerald Hödl (2004, S.15f).

Verfügung gestellten Geldmitteln be- oder hergestellt werden. „Werbewirkung für den Geber“ heißt, dass durch die Präsenz des Geberlandes bzw. von Unternehmen aus dem Geberland die Markt- und Absatzmöglichkeiten ausgebaut werden.

#### 2.1.4. Drohende Konflikte

Mit der Erkenntnis, dass die Ungleichheit zwischen volkswirtschaftlich reichen und armen Ländern weiter zunimmt, haben sich in der Debatte um den Zweck und die Legitimation von Entwicklungshilfe die Konflikte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern als Bedrohungsszenario erweitert. Aufgrund dieser diagnostizierten Sprengkraft ist etwa für Carl H. Bobleter die Entwicklungshilfe „nicht nur ein Gebot der christlichen Caritas, sondern ebenso ein Gebot, das für alle Industrieländer, also auch für Österreich, gilt.“ (Bobleter, 1966, S.65) Bobleter zufolge geht es in dieser drohenden Auseinandersetzung „um eine Neuverteilung von Einkommen, von Vermögen.“ (Bobleter, 1966, S.65) Dabei schwingt auch die Angst um den Verlust der eigenen Privilegien mit.

#### 2.1.5. Absatzkrise

Eine weitere Konfliktlinie war laut Bruno Kreisky die sich abzeichnende Absatzkrise der ständig wachsenden Industrienationen. Er warnte deshalb davor, die Prosperität der österreichischen Wirtschaft zu überschätzen, da „eine Situation eintreten kann und durchaus vorstellbar ist, in der wir nicht in der Lage sind, die Resultate unserer Produktion auf unseren eigenen Märkten abzusetzen.“ Aufgrund der starken internationalen Verflechtungen und der Situation, dass sämtliche Staaten in der Absatzkrise um neue Märkte wetteifern werden, folgerte Kreisky, dass „man [...] sich auch in einer Zeit der extremen Prosperität um potentielle Märkte kümmern [muss], auch in Ländern, die im Augenblick nicht sehr solvent erscheinen.“ (Kreisky, 1964a, S.523)

Auch hier geht es neben dem Wettbewerb um Absatzmärkte um die Idee, dass die „heutigen“ Empfängerländer in der Zukunft potente wirtschaftliche Marktteilnehmer sein würden; mit der Entwicklungshilfe einher geht also die Intention, langfristig neue Absatzmärkte für österreichische Exporte zu finden. Unmissverständlich klar wird dies auch in der Aussage von Kurt Waldheim, der 1969 Außenminister der Republik war:

„Durch diese Intensivierung unserer Bemühungen auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe werden die Voraussetzungen für eine verstärkte Einschaltung der österreichischen Wirtschaft und den Industrialisierungsprozeß in den Entwicklungsländern geschaffen und so neue Absatzmärkte für die österreichische Exportwirtschaft gesichert.“ (Waldheim, 1969, S.25)

Auch der Staatssekretär der SPÖ, Ernst Veselsky verwendet dieses Motiv der drohenden Absatzkrise:

„Nach dem Schema des Marshallplans könnte man – da es in den Industrienationen eine Flaute gebe – einen doppelten Effekt erzielen, würde man für die Überkapazität in den hochentwickelten Ländern ein Ventil durch kostenlose Warenlieferungen in die unterentwickelten Ländern schaffen. [...] Der 'österreichische Marshallplan' gewinnt seit Beginn der Rezession in der Industrielwelt mehr und mehr an Aktualität und auch an Anhängern.“ (ÖZfA, 1975, S.366)

### 2.1.6. Sonderrolle Österreichs

Österreich als Geberland von Entwicklungshilfeleistungen wird von den Politikern eine speziell kompetente Eignung zugeschrieben, die sich darauf stützt, dass das Land als kleiner, neutraler Staat für die außereuropäische Welt als vertrauensvoller Partner gilt. So sieht der Nationalratsabgeordnete der SPÖ Peter Strasser Österreich in einer Sonderrolle, weil es „frei von Belastungen und Ressentiments einer kolonialen Vergangenheit“ (Strasser, 1962, S.66) sei. Kreisky argumentiert ähnlich, wenn er davon spricht, dass die Mittel für die Entwicklungshilfeleistungen Österreichs „nicht aus 'räuberischen Gewinnen der Monopole' [Hervorhebung im Original] stammen oder aus thesaurierten Schätzen kolonialer Vergangenheit“ (Kreisky, 1964b, S.5), sondern „in der Regel aus dem Konsumverzicht“ (Kreisky, 1964b, S.5) der Bürger\_innen.

Zusammenfassend lässt sich die österreichische Debatte über die Notwendigkeit und Legitimation von Entwicklungshilfeleistungen als Verschränkung von notwendiger Solidarität und Wohltätigkeit unter gleichzeitiger Rechtfertigung der Mittelverwendung beschreiben, da diese Mittel direkt oder indirekt österreichischen Unternehmen und Produkten zugeführt werden. Erstaunlich aus der heutigen Perspektive ist dabei, wie offen die eigenen wirtschaftlichen Interessen ausgesprochen wurden.

Im nächsten Abschnitt geht es um die außenpolitischen Beziehungen zwischen Österreich und Tunesien, bei denen nicht vergessen werden darf, dass die politischen Beziehungen immer auch mit wirtschaftlichen Interessen verbunden wurden.

## 2.2 Außenpolitische Beziehung Österreichs zu Tunesien

Das Jahr 1955 ist für die österreichische Außenpolitik in vieler Hinsicht prägend. Einerseits erlangt das Land durch den Staatsvertrag die volle staatliche Souveränität und Handlungsfreiheit wieder. Andererseits erfolgt die Aufnahme Österreichs in die UNO in diesem Jahr und mit ihr eröffnen sich „für den Kleinstaat Österreich“ (Hödl, 2004, S.69) Möglichkeiten, „die eigenen Interessen im multilateralen Rahmen durchzusetzen sowie zugleich die eigene Position innerhalb des Staatensystems [...] zu stärken und abzusichern.“ (Hödl, 2004, S.69) Kennzeichnend für das Auftreten Österreichs auf dem

internationalen Parkett war dabei die Neutralität, derer sich Österreich zwar nicht in den völkerrechtlichen Verträgen mit den Besatzungsmächten verpflichtet hatte, die jedoch in der Verfassung niedergelegt war (vgl. Hummer, 2013, S.706f).

Österreich wurde auch als wie geschaffen für eine aktive Außenpolitik mit den Ländern der Dritten Welt angesehen, weil es als kleines Land, als neutraler Staat und dazu ohne koloniale Vergangenheit für eine zukunftsreiche Kooperation das ideale Partnerland Afrikas sei (vgl. Hödl, 2004, S.75). Die auf den UNO-Beitritt folgenden intensiveren Beziehungen Österreichs mit Ländern der Dritten Welt dienten nach Hödl den Nationalinteressen Österreichs in zweifacher Weise: Erstens konnte auf politischer Ebene in bestimmten für Österreich relevanten Fragen wie etwa Südtirol oder der UN-Sitz in Wien, Unterstützung von den außereuropäischen Staaten erwartet werden. Zweitens dienten die Beziehungen in ökonomischer Hinsicht dazu, die nicht länger verschlossenen, weil kolonial abgeschirmten, Märkte für die österreichische Exportwirtschaft zu öffnen. (Vgl. Hödl, 2004, S.79)

Die aktive Neutralitätspolitik Österreichs ab Ende der 1950er zeigte sich laut Hödl im Ausbau der diplomatischen Infrastruktur und in einer regen Besuchsdiplomatie (vgl. Hödl, 2004, S.79f.). In diesem Kapitel sind die außenpolitischen Beziehungen zwischen Österreich und Tunesien Thema, dafür sollen anhand einiger Beispiele die stärker werdenden Verknüpfungen sichtbar gemacht werden.

### 2.2.1 Besuchsdiplomatie

Im folgenden Abschnitt wird ausschnittsweise die Reise- und Besuchsdiplomatie zwischen Tunesien und Österreich von 1967 bis 1975 dargestellt. Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, es geht vielmehr darum zu zeigen, wie intensiv die bilateralen Beziehungen waren, und die Dynamiken dieser Treffen zu kommentieren.

1962 gründete Bruno Kreisky nach der *Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft* in Salzburg „gemeinsam mit anderen prominenten Politikern der sogenannten 'Dritten Welt' - wie Tom Mboya aus Kenia oder Ahmed Ben Salah aus Tunesien -“ das *Wiener Institut für Entwicklungsfragen* „Thinktank für globale Fragen der Entwicklungspolitik“ (VIDC, 2014). Dieses Wiener Institut für Entwicklungsfragen hielt auf Einladung des Vizepräsidenten Ahmed Ben Salah im Juli 1967 in Tunesien eine Kuratoriums-Sitzung ab. Bruno Kreisky, zu diesem Zeitpunkt Parteivorsitzender der SPÖ und Präsident des Wiener Institutes, leitete diese Sitzung. Nach einem Treffen zwischen Kreisky und dem tunesischen Staatspräsident Habib Bourgiba bezeichnete Kreisky diesen laut APA „als ein Mann von hervorragendem Verständnis und großem Weitblick“ und

beschwor die Freundschaft zwischen den sozialistischen Parteien. (Vgl. APA, 05.07.1967)

Im April 1968 folgte ein offizieller Besuch des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Karl Schleinzer, in Tunesien; Schleinzer berichtete anschließend „über den Erfolg der österreichischen landwirtschaftlichen Entwicklungshilfe in diesem Land“ (APA, 01.04.1968).

Am 10. Mai 1971 besuchte Mohamed Masmoudi als erster tunesischer Außenminister in Begleitung mehrerer hoher Beamter Wien und traf dort Außenminister Dr. Kirchschräger sowie den Bundespräsidenten und den Bundeskanzler. In der Österreichischen Zeitschrift für Außenpolitik (ÖZfA 1971, S.148) hieß es dazu: „Im Mittelpunkt der Gespräche stehen neben internationalen Fragen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Tunesien und Österreich.“ Laut APA soll Masmoudi über die Beziehung Österreich - Tunesien gesagt haben, dass beide Länder eine Schlüsselrolle einnehmen: Tunesien im Mittelmeerraum und Österreich in Europa; beide Länder seien Kleinstaaten, hätten jedoch keine Minderwertigkeitskomplexe; und die Politik beider Länder beziehe sich auf die Internationale Zusammenarbeit und Entspannung; beide würden nach „Sicherheit und Frieden für ihre Nationen“ trachten. (APA, 11.05.1971a) Bruno Kreisky, mittlerweile Bundeskanzler, betonte bei diesem Besuch im Mai 1971, dass „die Beziehungen zwischen Österreich und Tunesien zwar sehr jung sind, daß es aber dennoch eine Reihe von Kontakten gegeben habe, die auf eine herzliche Freundschaft hinweisen“ und die Gespräche „sicherten einen intensiven Ausbau der Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten“. (ÖZfA, 1971, S.148)

Anlässlich einer Sonderkonferenz der UNIDO in Wien am 4. Juni 1971 fand eine Besprechung statt, an der der tunesische Wirtschaftsminister, der österreichische Staatssekretär Ernst Veselsky sowie „leitende Herren der Unternehmungen der österreichischen verstaatlichten Industrie“ (ÖZfA, 1971, S.157) teilnahmen. Dabei ging es um die Möglichkeiten einer Intensivierung der Außenhandelsbeziehungen der österreichischen verstaatlichten Industrie sowie verschiedene tunesische Industrieprojekte.

Im Juli 1972 besucht eine tunesische Delegation Österreich für fünf Tage. Der tunesische Landwirtschaftsminister Dhaoui Hannablia, in Begleitung von tunesischen Viehwirtschafts- und Bewässerungsexperten sowie des Forstdirektors, wurde vom Bundespräsidenten empfangen und besuchte neben anderen landwirtschaftlichen Anlagen einen Großschlachthof in Mistelbach und den Verband niederösterreichischer Nutztiergenossenschaften in Wolkersdorf.

Im Dezember desselben Jahres reiste Außenminister Rudolf Kirchschräger mit

„österreichischen Experten in der Forstwirtschaft und der lederverarbeitenden Industrie“ nach Tunesien zur Eröffnung der Musterfarm Zama, anlässlich derer Kirchschräger davon sprach, dass sich „in den letzten Jahren [...] die bilateralen tunesisch-österreichischen Kontakte sehr verstärkt [haben]“ (zit. nach APA, 10.12.1972).

Im September 1973 besuchte der Verteidigungsminister der Republik Tunesien, Abdallah Farhat das österreichische Bundesheer (ÖZfA, 1973, S.289). 1975 leitete Bruno Kreisky die Delegation der Sozialistischen Internationale und traf am 8. Februar in diesem Zusammenhang den tunesischen Staatspräsidenten Habib Bourgiba in Genf. Ein paar Tage später reiste die Delegation nach Tunis und traf dort weitere tunesische Politiker, darunter den Außenminister Habib Chatty. (ÖZfA, 1973, S.46f) Von 7. bis 9. Juli 1975 tagte in Tunis eine österreichisch-tunesische gemischte Kommission, „um über weitere Möglichkeiten der wirtschaftlich-technischen Kooperation zu beraten“ (ÖZfA, 1975, S.208f).

### 2.2.2 Bilaterale Abkommen

Die ersten beiden bilateralen Verträge zwischen Österreich und Tunesien wurden im Juni 1965 abgeschlossen und betrafen die Aufhebung der Visumspflicht (BGBl 254/1965) sowie die Heimbeförderung tunesischer und österreichischer Staatsangehöriger (BGBl 255/1965).

Bereits seit 1964 gab es Handelsabkommen mit Tunesien und eine Außenhandelsstelle in Tunis (ÖZfA, 1964, S. 226). Für das Jahr 1963 berichtete die Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, dass „der Afrika-Export im Berichtszeitraum leicht rückläufig“ gewesen sei und die Exporteinbußen sich insbesondere auf Nordafrika bezögen. Als Gründe für den Exportrückgang wurden neben den „Schwierigkeiten rein ökonomischer Natur“ und der scharfen Konkurrenz der ehemaligen Kolonialmächten sowie der USA und der UdSSR auch Schwierigkeiten organisatorischer Natur erwähnt; gegen diese würden die österreichischen Handelsdelegierten jedoch in guter Zusammenarbeit und mit großem Engagement vorgehen. (ÖZfA, 1964, S.223)

Das erste Entwicklungshilfeprojekt Österreichs in Tunesien wurde mit dem „Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Tunesien betreffend technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes“ (BGBl 51/1966) abgeschlossen. Das Projekt beinhaltete die Unkrautbekämpfung sowie die Bekämpfung der Mittelmeerfruchtfliege in einem bestimmten Gebiet in Tunesien im Zeitraum 1. Februar bis 30. April 1966 mit Hilfe von österreichischen Flugzeugen (BGBl 51/1966). Österreich stellte dafür Personal (1 Chef, 6 Piloten, 2 Reparaturtechniker, 1 Agronom), drei Flugzeuge sowie Schädlings- und Unkrautbekämpfungsmittel zur

Verfügung. (BGBl 51/1966)

Als Projektträger dieses Agrarflugprojektes fungierten die österreichischen Stickstoffwerke, von denen die Schädlingsbekämpfungsmittel stammten; die Flugzeuge wurden von der Firma Agrarflug Glück gestellt. Die APA berichtete über das Projekt mit den folgenden Worten: „Das Projekt soll in drei Phasen ablaufen und sieht zunächst Agrarflugdemonstrationen [...] vor, um Tunesien die Wirkung einer großflächigen Flugzeugapplikation vor Augen zu führen.“ Und weiter: „Die Stickstoffwerke sind an dem Projekt insofern interessiert, als Pflanzenschutzmittel ihrer Erzeugung in Tunesien zum Einsatz gelangen werden. Es wird erwartet, dass die Applikationsarbeiten neben ihrem Hauptzweck – Tunesien zu helfen – Zeugnis von der guten Qualität der österreichischen Produkte ablegen und dadurch der Märkteerschließung dienen werden.“ (APA, 07.01.1966)

Die Rinderzuchtprojekte, die von Austrovieh als Projektpartner und Durchführungsorganisation betrieben wurden, waren somit nicht das erste Projekt der österreichischen Entwicklungshilfe in Tunesien. Zu den Auswirkungen des ersten Projektes über Schädlingsbekämpfung für die österreichische Wirtschaft meinte der Außenhandelsdelegierte Österreichs in Tunis 1974, also gut acht Jahre später, dass die erhofften Ankäufe österreichischer Produkte von tunesischer Seite nicht eingetreten seien. Deshalb appellierte er, dass der “good will”, der durch die erfolgreichen Tierprojekte in Tunesien geschaffen worden war, dieses Mal nicht wieder vergebens sein sollte, sondern dass durch ein gemeinsames Auftreten österreichischer Erzeuger die geschaffene Basis besser handelspolitisch genutzt werden könne (APA, 24.10.1974).

Weitere bilaterale Abkommen folgten: So ein Luftverkehrsabkommen 1967 (BGBl 251/1967), und das Abkommen über die Errichtung und temporäre Führung eines Landwirtschaftsbetriebes mit Tierzucht Musterfarm (Projekt Zama), das 1971 unterzeichnet wurde, ein Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung 1977, ein Abkommen über die Zusammenarbeit in Zivil- und Strafgerichtssachen 1977, und neben dem Abkommen für weitere Rinderprojekte (Bouzid 1979, P.I.E.T.A. 1986) auch noch viele andere. (Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, 2014)

Der Aufbau intensiver Kontakte zwischen Österreich und Tunesien in den 1960er und 70er Jahren beruhte auf den wirtschaftlichen Interessen, wie die Tatsache zeigt, dass die diplomatischen Kontakte und Besuchsreisen oft im Beisein von Wirtschaftsdelegierten und Industrievertretern stattfanden. Es ging also um den Aufbau von Handelskontakten und Möglichkeiten für die Wirtschaft. Gleichzeitig und ohne einen Widerspruch zu dem Vorherigen darzustellen, fand auch eine rege Zusammenarbeit vor allem zwischen den

Vertretern der sozialistischen Parteien, Bruno Kreisky einerseits und Habib Bourgiba als tunesischer Präsident und Vorsitzenden der sozialistischen Destourpartei andererseits, im Rahmen der sozialistischen Internationalen statt.

### 3. Die Musterfarm Zama

In diesem zweiten Teil der Arbeit geht es um das erste Rinderzuchtprojekt, die Farm Zama bei Bou Salem im Nordwesten Tunesiens. Auf österreichischer Seite wurde die Durchführung des Projektes dem Unternehmen Austrovieh übertragen. Austrovieh hatte bereits 1966 kommerzielle Exporte von Zuchtvieh nach Tunesien unternommen, nach eigenen Angaben 198 Stück (Austrovieh, 1976). Dem Projektträger übergeordnet war das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft (BMLF), mit dem die Verantwortlichen von Austrovieh, vor allem der Leiter Dr. Krisper, die Korrespondenz führte. Ab 1975 veränderte sich die Zuständigkeit für Entwicklungshilfeprojekte und ab diesem Zeitpunkt berichtete Austrovieh an die Gruppe Entwicklungshilfe des Bundeskanzleramtes (BKA).

Auf tunesischer Seite war für das österreichische Projekt das *Office de l'Élevage et des Pâturages*<sup>6</sup> (OEP) zuständig, dem neben der Farm Zama noch fünf weitere Farmen unterstellt waren, darunter die beiden deutschen Farmen sowie die holländische und die belgische Musterfarm (Austrovieh, 1970c, S.2).

Ein Großteil der Korrespondenz dreht sich um technische Details; um die Pflanzen, die angebaut wurden, um die Verteilung des Futtermittelanbaus, um den Gesundheitszustand und die Milchleistung der Kühe. Othmar Regelsberger, der die Farm in Tunesien leitete, berichtete jedes Quartal über die Ereignisse und das Fortkommen auf Zama. Neben den Quartalsberichten musste Regelsberger auch jede Anschaffung und Änderung der Abläufe bei Austrovieh in Österreich beantragen. Dr. Krisper von Austrovieh leitete die Anfragen an das übergeordnete Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft weiter, dieses entschied und die Kommunikation ging über die Hierarchieebenen wieder zurück: Die Zustimmung zum Vorhaben wird vom Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft schickte seine Zustimmung an Austrovieh; von dort ging sie nach Tunesien zu Regelsberger, der das Vorhaben dann in die Tat umsetzen konnte.

Zwei Beispiele sollen diese Kommunikationswege illustrieren: Am achten Juni 1970 leitet Austrovieh eine Anfrage von Regelsberger aus Tunesien an das Bundesministerium für

---

<sup>6</sup> Übersetzung: „Büro für die Züchtung und die Weideländer“, in der Korrespondenz auch als tunesisches Landwirtschaftsministerium bezeichnet.

Land- und Forstwirtschaft weiter: Regelsberger möchte ein Fahrrad für die täglichen Wege auf der Farm, die doch eine beträchtliche Länge von sechs Kilometer hat, anschaffen und fragt, ob er dieses während seiner Abwesenheit dem tunesischen Betriebsleiter übergeben kann (Austrovieh, 1970b). Die Zustimmung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft an Austrovieh erfolgt am elften Juni. Das Fahrrad könne angeschafft und übergeben werden (BMLF, 1970b). Das zweite Beispiel betrifft den Weg der Korrespondenz. Anfang Dezember 1971 wendet sich Austrovieh an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft mit der Frage, ob es nicht möglich sei, hier eine Änderung zu treffen. Bis zu diesem Datum wurde die Korrespondenz über die österreichische Botschaft in Tunesien und die Kurierpost abgewickelt. Vorgeschlagen wird, die Korrespondenz über den Postweg zu führen, da dieser weniger umständlich und schneller sei (Austrovieh, 1971a). Zwei Monate später, im Februar 1972 folgt die Antwort des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, es werde kein Einwand gegen den Postweg erhoben (BMLF, 1972a).

Der zweite Teil dieser Arbeit ist wie folgt gegliedert: Als erstes wird ein Überblick über das Projekt Zama gegeben, und es werden einige Aspekte der Projektdurchführung bzw. der Herangehensweise des Projektträgers näher beleuchtet: Der lange Weg zum Vertragsabschluss zwischen Österreich und Tunesien, die Unzufriedenheit der Österreicher mit dem tunesischen Projektleiter, das Verhältnis der österreichischen Musterfarm zu den anderen Farmen europäischer Geberländer in Tunesien sowie die Selbsteinschätzung des Projektträgers und die Kritik anderer an dem Projekt. Am Ende der Arbeit wird ein kurzer Überblick über die bereits existierende Literatur zu den österreichischen Rinderprojekten gegeben, bevor in einer Schlussbetrachtung die Ergebnisse zusammengefasst werden.

### 3.1 Überblick

Erste Bedarfsstudien für Exportprojekte von Zuchtrindern fanden von österreichischer Seite ab Mitte der 1960er in verschiedenen Regionen Afrikas statt. Ab Mitte des Jahres 1966 kam Tunesien ins Gespräch.

In der Korrespondenz des späteren Projektträgers Austrovieh findet sich in einem Amtsvermerk im Juli 1966 mit dem Stempel „vertraulich“ der erste Hinweis auf die geplanten Projekte, nämlich, dass bei Austrovieh angefragt wurde, ob ein Interesse an der Durchführung eines Stallbauprojektes in Tunesien bestünde, und dass dieser Anfrage vorläufig zugesagt worden war (vgl. Austrovieh, 1966). Bereits 1967 gab das

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft die Überweisung von 5,9 Mio. ATS an Austrovieh in Auftrag (vgl. BMLF, 1967)

Nach einigen Reisen und der Planung des Projektes übernahm der Österreicher Othmar Regelsberger ab April 1970 die Farm Zama (Austrovieh, 1970d), der Anbau im Herbst 1970 wurde bereits unter Leitung der Österreicher ausgeführt (Austrovieh, 1970d).

Das bilaterale Abkommen zwischen Tunesien und Österreich über die Musterfarm Zama wurde am 22. September 1971 abgeschlossen; geplant war das Projekt für die Dauer von drei Jahren (RV 226 XIII GP, 1972).

Die ersten 54 Kalbinnen aus Österreich trafen Ende 1972 auf der Farm Zama ein. Die Lieferung der restlichen Tiere, insgesamt im Vertrag vereinbart waren 100 Kalbinnen, verzögerte sich, weil der Kälberstall und die Milchammern auf der Farm noch nicht fertig gebaut waren (Austrovieh, 1973d). Die zweite Lieferung über 48 Kalbinnen<sup>7</sup> kam im Juni 1973 auf der Farm an (Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 1973).

Zwei weitere Rinderzuchtprojekte Österreichs in Tunesien laufen 1974 an. Zum einen das „Projekt 501“ bei dem in den Jahren 1974 bis 1979 500 Zuchtstiere für eine Verdrängungskreuzung geliefert werden und zum anderen das „Projekt 502“, bei dem von 1974 bis 1977 1200 Kalbinnen geliefert und an tunesische Bauern und Bäuerinnen abgegeben werden. Die Tiere wurden nach der Ankunft in Tunesien bis zur Übergabe an die Bauern auf der Farm Zama untergebracht (Austrovieh, 1974b). Die Idee bei beiden Projekten war, dass die Tiere die heimischen Rinder jenes Bauern decken sollten, der den jeweiligen Stier hielt. Der Tierhalter sollte den Stier an die anderen Bauern im Dorf weiter vermieten. Die Kalbinnen wurden an die Bauern mit der Verpflichtung abgegeben, dass diese jeweils eine Kalbin aus dem Nachwuchs an das Projekt zurückgeben sollten und sich so ein Multiplikator-Effekt einstellte.

Nach dem ursprünglichen Vertrag war geplant, dass Austrovieh für drei Jahre die Leitung der Farm Zama übernahm; anschließend sollte die Farm an tunesische Leitungspersonen übergeben werden. Tatsächlich wurde sowohl von tunesischer Seite als auch von Seiten der österreichischen Mitarbeiter in Tunesien eine Verlängerung der ersten Projektphase gewünscht und für weitere zwei Jahre vereinbart. Die Übergabe an Tunesien fand schließlich im Juni 1977 statt (Austrovieh, 1977a).

---

<sup>7</sup> Bei der ersten Lieferung sind zwei Kalbinnen verstorben, weshalb zwei zusätzliche Tiere in der zweiten Tranche transportiert wurden.

## 3.2 Der lange Weg zum Vertrag

Von der erstmaligen Konkretisierung des österreichischen Entwicklungshilfeprojekts einer Musterfarm im Oktober 1967 bis zur tatsächlichen Unterzeichnung des bilateralen Abkommens zwischen Tunesien und Österreich am 22.09.1971 vergingen vier Jahre, in denen das Projekt immer wieder auf der Kippe stand und sich verschiedene Beteiligte über die Verzögerungen beklagten.

Im April 1968 drückt Austrovieh erstmals sein Bedauern über die Stagnation des Projektes aus (Austrovieh, 1968a), im Dezember desselben Jahres ist in einem Vermerk des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft zu lesen, dass das Geld eigentlich zur Verfügung stünde und mit der Entsendung des Betriebsleiters nach Tunesien begonnen werden könne (BMLF, 1968). Zur gleichen Zeit erfolgt von Seiten des Projektträgers ein Vorschlag zur Besetzung der Personalstellen und es wird auf den baldigen Abschluss der Verträge gedrängt, damit mit den Projektarbeiten, vor allem der Errichtung der Gebäude, die von tunesischer Seite zu erbringen sind, begonnen werden kann (Austrovieh, 1968b).

Mitte 1969 berichtet Austrovieh von einer Besprechung mit dem tunesischen OEP, bei dem die tunesischen Beamten das große Interesse am baldigen Beginn der Projektarbeiten bekunden. Austrovieh selbst dringt auf einen Vertragsabschluss im Juli desselben Jahres, damit im Herbst mit der Bewirtschaftung der Farm begonnen werden kann, und warnt davor, dass sich, sollte nicht mit dem Herbstanbau begonnen werden, das gesamte Projekt um ein Jahr verschieben würde. (vgl. Austrovieh, 1969b)

Im Winter 1969, nachdem es zu keinem Vertragsabschluss gekommen war und folglich der Herbstanbau auch nicht unter Leitung der österreichischen Austroviehmitarbeiter erfolgte, informiert Austrovieh, dass es seit August 1968 keine offizielle Note von Österreich an Tunesien gegeben habe und Tunesien demnach nicht wisse, ob Österreich überhaupt noch beabsichtige, über den Vertrag zu verhandeln und einen solchen zu beschließen (Austrovieh, 1969a).

Ein weiteres halbes Jahr später berichtet Austrovieh, dass der Zustand der Farm Zama schlechter sei als vor einem Jahr, da in Erwartung des Projektbeginns keine weiteren Schritte in Angriff genommen worden wären. Des Weiteren sei es ein Problem, dass die Arbeiter auf der Farm nicht bezahlt und sie deshalb abwandern würden. Als Drohgespenst steht im Raum, dass Frankreich Interesse daran habe, die Farm sofort als Entwicklungshilfeprojekt zu übernehmen, da der Vertragsabschluss mit Österreich so lange verzögert wurde. (Austrovieh, 1970a)

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, informiert von Austrovieh, leitet

die Informationen an das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten weiter, liefert Erklärungen über das tunesische Unverständnis bezüglich der Verzögerungen und bittet darum, der Bundesminister möge die nötigen Weisungen geben, um eine französische Übernahme zu verhindern und das für Österreich wichtige Projekt weiterzubringen (BMLF, 1970a). In den Vertragsverhandlungen wird auch auf das Verhältnis zwischen den österreichischen und tunesischen Projektteilnehmern hingewiesen. So befindet das Außenministerium in einem Schreiben an den Bundesminister für Land und Forstwirtschaft, dass bei den Änderungen des Vertrages die österreichische Leitung bis zur Übergabe der Farm eindeutig statuiert sein müsse, ansonsten, nämlich in dem Falle, dass eine tunesische Behörde die Aufsicht über die Projektfarm zugeteilt bekommt, würde

„die Entscheidung über den Einsatz des österreichischen Wissens, des österreichischen Könnens und der österreichischen Erfahrung mit Hilfe österreichischen Materials durch eine Behörde des diese Hilfe empfangenden Entwicklungslandes getroffen“ (Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 1970, S.2).

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten befürchtet in einem solchen Fall, dass es „zu einer Untergrabung des Ansehens und der Durchschlagsfähigkeit des österreichischen Leiters“ (ebd.) kommen könne. Angesichts dieses offensichtlichen Misstrauens ist es nicht weiter verwunderlich, dass es bis zum tatsächlichen Vertragsabschluss so lange gedauert hat.

Auch ohne Vertrag wurde auf der Farm Zama unter Leitung der österreichischen Projektmitarbeiter der Herbstanbau 1970 durchgeführt, gleichzeitig löste ein Vertragsentwurf Tunesiens auf österreichischer Seite Verwunderung aus, da dort nicht mehr Zama sondern eine Farm in Sidi Bou Teffaha vorgesehen war (o.A., 1971)

Dieser Änderung von tunesischer Seite begegnet Austrovieh mit großem Unverständnis. Die Durchführungsorganisation stellt ausführlich dar, weshalb die Farm Zama sich für das Projekt besonders gut eigne, nicht zuletzt auch deshalb, weil ja bereits seit 1968 Vorarbeiten dort geschehen waren und die Österreicher im vorangegangenen Herbst erstmals die Aussaat geleitet hatten (Austrovieh, 1971b). Doch bereits einen Monat später scheint das Thema bezüglich des Projekt-Ortes wieder erledigt, Zama stehe jetzt fest, wird das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft informiert (Austrovieh, 1971c) und im Mai 1971 nach dem Besuch des tunesischen Außenministers in Österreich, wird Außenminister Rudolf Kirchschräger vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft in einem persönlichen Brief dahingehend informiert, dass es „nach längeren und sehr schwierigen Verhandlungen [...] meinem Ressort nunmehr gelungen [ist], die tunesische

Vorstellung über die endgültige Fassung des Vertragstextes soweit zu koordinieren“ (Weihs, 1971). Des Weiteren sollte die Prüfung des Abkommens durch den Verfassungsdienst und das Völkerrechtsbüro seiner Ansicht nach rasch erfolgen und der Vertrag ehestmöglich unterzeichnet werden, damit das Projekt im Herbst 1971 voll anlaufen könne (ebd.).

Tatsächlich wird das „Abkommen über die Technische Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der Republik Tunesien, betreffend die Errichtung und temporäre Führung eines Landwirtschaftsbetriebs mit Tierzucht-Musterfarm“ am 22. September von den Herren Oskar Weihs (Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft) und Sadek Bouzayen (tunesischer Geschäftsträger in Österreich) unterzeichnet. (RV 226 XIII GP, 1972)

Das Projekt umfasst nach Artikel 1 Absatz 2 einerseits die Verbesserung der örtlichen Milch- und Fleischproduktion beim Rind durch einen angepassten Futteranbau, die Haltung einer reinrassigen österreichischen Braunviehherde, die Bereitstellung von Zuchtstieren sowie die Verdrängungskreuzung der einheimischen Rinderrasse mit der österreichischen Braunviehrasse, andererseits auch die „Verbreitung der erzielten Versuchsergebnisse des obgenannten Demonstrationsbetriebes auf dem Gebiete der Viehzucht im Raume Bou-Salem.“ (RV 226 XIII GP, 1972, S.2)

In den Erläuterungen zu diesem Abkommen wird das Ziel des Projektes neben der Erfüllung der Pflichten gegenüber den Vereinten Nationen, nämlich einer Erhöhung der Entwicklungshilfe auf ein Prozent des Bruttonationalproduktes, wie folgt beschrieben: Mit dem Entwicklungshilfeprojekt in Tunesien kann „durch eine einvernehmliche aktive Einschaltung in die Entwicklungsvorhaben dieser Länder eine echte österreichische Präsenz geschaffen, das österreichische Image in fernste Länder projiziert und durch wohlabgewogene Unparteilichkeit bei der Vergabe der Hilfe die Glaubwürdigkeit der österreichischen Neutralitätspolitik weiter erhärtet werden“. Und weiter: „Damit verbindet sich die Pflege bereits bestehender und die Erschließung neuer überseeischer Märkte im Interesse der weitgehend exportorientierten österreichischen Wirtschaft.“(EBRV 226 GP, 1972)

In diesem kurzen Textausschnitt des Vertrages werden die wesentlichen Argumente, die im Diskurs der Entwicklungshilfe in Österreich vorkamen, angeschnitten: Es geht erstens um eine Hilfeleistung, die Tunesien weiterhelfen soll, zweitens um ein aktives Einschalten der österreichischen Wirtschaft, drittens um eine Bestätigung der „österreichischen Neutralitätspolitik“ und zu guter Letzt um die Erschließung neuer Märkte für österreichische Exporte.

### 3.3 Die Beziehung zu anderen Gebern

Zu dem Zeitpunkt, als die Verhandlungen über eine Musterfarm mit österreichischem Braunvieh in Tunesien liefen, führten andere europäische Geberländer in Tunesien bereits mehrere Entwicklungshilfeprojekte in Form von Musterfarmen durch. Das Verhältnis zwischen der österreichischen Farm Zama und den anderen Musterfarmen, bzw. das Verhältnis zwischen den österreichischen Leitern und den deutschen, holländischen, belgischen und schweizerischen Farmleitern war ambivalent. Einerseits gab es Berührungspunkte und teilweise Zusammenarbeit, andererseits ist aus den Berichten und der Korrespondenz auch ein Konkurrenzverhältnis ablesbar, vor allem zu der Zeit, als das Abkommen zwischen Österreich und Tunesien noch nicht abgeschlossen war.

Als eine der ersten Musterfarmen in Tunesien betrieb die Bundesrepublik Deutschland von 1961 bis 1965 das Projekt Bejaoua. Als Friedrich Rosmarin von Austrovieh im Rahmen der „österreichischen landwirtschaftlichen Kommission“ im Sommer 1968 nach Tunesien reiste, um die Möglichkeiten für die Errichtung einer österreichischen Musterfarm mit Melkerschule zu untersuchen, schlossen die BRD und Tunesien gerade ein Abkommen über eine zweite neu zu errichtende Musterfarm in Sedjenane. (Rosmarin, 1968, S.2) Mit dieser neuen Musterfarm in Sedjenane wurde später, als Zama als österreichisches Projekt errichtet war, zusammengearbeitet. So wurden etwa Jungtiere von Sedjenane bezogen und der dort arbeitende deutsche Tierarzt kümmerte sich zeitweise auch um die Tiere auf Zama. Neben den deutschen Musterfarmen, auf denen sowohl Holstein-Rinder als auch Braunvieh gezüchtet wurde, gab es ein holländisches Entwicklungsprojekt mit einer Melkerschule in Sidi Tabet mit schwarz-bunten Rindern und einen Rindermastbetrieb, der von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) geleitet wurde. (Rosmarin, 1968, S.2f)

Friedrich Rosmarin berichtet 1968 von der Besichtigung der beiden deutschen Musterfarmen und vom Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Tunis. Dieser habe seine Erfahrungen mit der deutschen Entwicklungshilfe auf dem Gebiete der Landwirtschaft in Tunesien mit der Kommission geteilt, allerdings bemerkt Rosmarin auch, dass der deutsche Botschafter „jedoch unsere präzisen Fragen nur ausweichend [beantwortete].“ (Rosmarin, 1968, S.1)

Im Mai 1970, zu diesem Zeitpunkt laufen die Verhandlungen über die österreichische Musterfarm bereits rund vier Jahre lang, stellt der Projektträger in einem Brief an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft fest, dass es immer mehr Holstein-

Rinder in der Region gäbe:

„Im Oberen Medjerdatal, das nach dem [tunesischen, Anm.] Wirtschaftsplan noch 1968 als Verbreitungsgebiet der Rasse Braunvieh (Brune des Alpes) vorgesehen war, nimmt die Anzahl der Betriebe mit Rindern der Rasse Holstein-Friesen zu. Laut unseren Experten wurden erst unlängst im Rahmen des deutschen Beratungsprojektes 60 Kalbinnen (Friesen) in das Obere Medjerdatal, in dem ja auch die Farm Zama liegt, gebracht.“ (Austrovieh, 1970a)

Recht eindrücklich warnt Othmar Regelsberger vor den Folgen, wenn der Vertrag mit Tunesien nicht bald abgeschlossen würde und die österreichische Musterfarm auf sicheren Beinen stünde. Er befindet, dass es für Österreich notwendig sei, das „Absatzgebiet für österreichische Rinderrassen zu gewinnen, bevor auch dieses Gebiet von Schwarzbunten überschwemmt wird.“ (Regelsberger, 1971)

Ein Konkurrenzverhältnis bestand nicht nur in der Frage, ob es dem österreichischen Projekt gelänge, mit Braunvieh so gute Erfolge zu erzielen, dass es sich neben den anderen europäischen Rinderrassen Holstein und Schwarzbunte in Tunesien behaupten könne und ein, wie es sich die Vertreter\_innen der österreichischen Wirtschaft wünschten, Absatzmarkt für den kommerziellen Export von Braunvieh nach Tunesien entstünde. Die österreichischen Projektbetreiber verstanden sich auch als Durchführungsorganisation in einem Konkurrenzverhältnis zu anderen Geberländern. Das zeigt sich etwa an der großen Besorgnis, dass aufgrund des so lange verzögerten Vertragsabschluss das Entwicklungshilfeprojekt insgesamt abgesagt werden könnte, weil Tunesien von französischer Seite das Angebot bekommen hatte, dass die Farm Zama jederzeit als französisches Entwicklungshilfeprojekt übernommen werden könnte (Austrovieh, 1970a). In diesem Sinn ersuchte auch der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft in einem Schreiben seinen Ministerkollegen für auswärtige Angelegenheiten, möglichst schnell die nötigen Weisungen für das Fortschreiten der Verhandlungen mit Tunesien zu geben, um eine französische Übernahme des „für das Ansehen Österreichs wichtigen Projektes“ (BMLF, 1970a) zu verhindern.

Als die österreichische Farm errichtet war, kam es in vielen Punkten zur Zusammenarbeit mit den anderen Musterfarmen. So wurde von der BRD-Farm Jungvieh als Vergleichsgruppe bezogen (Austrovieh, 1973e), Jungvieh von Zama an die belgische Farm verkauft (Austrovieh, 1977d), der Tierarzt der BRD-Farm betreute zeitweise die österreichische Farm und stellte „seine Erfahrungen in kollegialer Weise zur Verfügung“ (Austrovieh, 1973a), als das österreichische Projekt noch keine eigene Person zur tierärztlichen Betreuung hatte und auch sonst kam es zu zahlreichen gegenseitigen Besuchen, Besichtigungen und Beratungen während der gesamten Projektlaufzeit.

Zgleich sahen sich die Betreiber von Zama aber weiterhin in einer Konkurrenzsituation, und oft wurden landwirtschaftlichen Leistungen zwischen den Projekten verglichen da es ja darum ging, das beste Entwicklungshilfeprojekt zu bieten und die meisten Erfolge zu zeigen. So rühmte sich Austrovieh am Ende der Projektlaufzeit in einem Brief an das Bundeskanzleramt damit, dass auf der Farm Zama die Milchleistung im Vergleich zum stärksten Betrieb der Niederlande in Tunesien höher sei, obwohl auf der niederländischen Farm eine auf Milchleistung spezialisierte Rasse gezüchtet werde und auf Zama die Zweinutzungsrasse Braunvieh (Austrovieh, 1977c). In einem Bericht zur technischen Einrichtung der Farm wurden die Maschinen und Fahrzeuge (selbstverständlich österreichischer Erzeugung) der Musterfarm Zama gelobt, da diese sich ausgezeichnet bewährt hätten und im Gegensatz zu dem Farmprojekt der BRD, bei dem von einer Erneuerung der Maschinen alle drei Jahre ausgegangen werde, hätten die Maschinen in Zama eine doppelt so lange Lebensdauer (Schröfl, 1974).

### 3.4 Eigeninteresse

Das weitergehende Exportinteresse kam gerade in den Anfängen der Korrespondenz zwischen den zuständigen Ministerien zutage. So forderte der Botschafter in Tunesien in einem Schreiben an das Bundesministerium für äußere Angelegenheiten in der Planungsphase von Zama, dass das Projekt nur dann genehmigt werden sollte, wenn mehrere geeignete österreichische Personen über eine mindestens dreijährige Zeitspanne für das Projekt tätig sein würden, da ja nicht nur gute österreichische Leistung geboten, sondern eine "Öffnung für einen doch wenigstens etwas ins Gewicht fallenden österreichischen Viehexport nach Tunesien geschaffen werde" (Weichs, 1969) soll.

In den Erläuterungen zum Vertrag ist das wirtschaftliche Eigeninteresse, das mit dem Entwicklungshilfeprojekt verbunden ist, deutlich herauszulesen. So „besteht ein wesentliches Interesse der österreichischen Landwirtschaft an diesem Projekt“ (EBRV 226 GP, 1972, S.8), und Ziel sei es, „neben dem örtlichen Nutzeffekt auch künftige Exportchancen für österreichisches Zucht- und Nutzvieh zu schaffen.“(EBRV 226 GP, 1972, S.10) Der Grundsatz des Kaufs österreichischer Produkte für die Musterfarm ist ebenso enthalten: „Die für die Durchführung des Projektes erforderlichen Maschinen und Geräte sowie Einrichtungen und die Bewässerungsanlage sind vorwiegend österreichischer Herkunft.“ (Ebd.)

Während der gesamten Projektdauer von Zama wurde diese Maxime immer wieder angesprochen: Es gehe darum, möglichst gute Leistungen zu bieten, um das tunesische

Interesse an Importen von Zuchtvieh, Maschinen, Saatgut etc. zu wecken. Dieses Motiv wurde auch verwendet, um von österreichischen Unternehmen vergünstigte, bzw. kostenlose Spenden für die Farm Zama zu erhalten. So wurde etwa von den österreichischen Stickstoffwerken Spenden in Form von Düngemitteln erbeten, da die Farm von diesen aufgrund einer Überschwemmung mehr benötigte als ursprünglich geplant war (Weihs, 1973). Gleichzeitig war der Grundsatz des Kaufs österreichischer Produkte auch unausgesprochener Imperativ bei der Beschaffung der notwendigen Güter für die Farm. Die Gruppe Entwicklungshilfe im Bundeskanzleramt etwa bestand in Bezug auf die Verhandlungen zur Verlängerung des Vertrags für die Farm auf die Sicherstellung darauf, dass das Saatgut weiterhin importiert würde. (Bundeskanzleramt, Gruppe Entwicklungshilfe, 1975)

Auf umso mehr Verärgerung stießen deshalb bei den Österreichern Berichte darüber, dass die erhofften Exporte nach Tunesien zumindest teilweise ausblieben. 1974 etwa benötigte die Farm Ersatzteile und der Farmleiter versuchte die Tunesier zum Import und einer Bezahlung der Teile außerhalb des Entwicklungshilfeprojektes zu veranlassen, scheiterte allerdings daran, da die tunesische Interpretation des Vertrages besage, dass Österreich für die Bereitstellung von Ersatzteilen während der gesamten Vertragsdauer zuständig sei. (Austrovieh, 1974d) Auch die Information, dass Tunesien Aufträge zur Lieferung von Rindern an die Schweiz vergeben hätte, stieß auf Verärgerung. Austrovieh hatte bereits seit 1966 kommerzielle Exporte von Zuchtrindern nach Tunesien unternommen. Nach Angaben Austrovihs hätte Tunesien jährlich rund 100-200 Braunviehrinder (außerhalb der Entwicklungshilfeprojekte) von dem Unternehmen bezogen. In den letzten Jahren vor 1976 wurden die Aufträge jedoch an die Schweiz vergeben, obwohl keineswegs feststand, dass diese Angebote tatsächlich günstiger waren als die österreichischen. (Austrovieh, 1976)

Im Hinblick auf die Projekte 501 und 502, bei denen Zuchtstiere und Kalbinnen von Österreich nach Tunesien geliefert wurden, drängt Austrovieh (der Projektträger sämtlicher österreichischer Tierzuchtprojekte in Tunesien) 1974 in einem Brief an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft mit dem Hinweis auf die damalig „kritische Absatzlage bei Zuchtvieh in Österreich“ darauf, dass „mit der Abwicklung der beiden Projekte sobald als möglich begonnen werden kann“ (Austrovieh, 1974c). In demselben Brief berichtet Austrovieh weiter, dass eine Abteilung des Landwirtschaftsministeriums dem Außenministerium bereits 1973 berichtet habe, „dass, vom Standpunkt der Entlastung des österreichischen Zuchtviehmarktes, Vorleistungen in Form einer Teillieferung – auch ohne formellen Vertragsabschluss – im Interesse Österreichs gelegen wären.“(Austrovieh, 1974c)

Hier wird deutlich, dass das Interesse der österreichischen Wirtschaft, im speziellen der Rinderindustrie, nicht nur in einem zukünftigen Absatzmarkt bestand, sondern auch die Lieferungen für die Tierzuchtprojekte selbst, im ureigensten österreichischen Interesse lagen; Entwicklungshilfe war hier also in mehr als einem Sinne sekundär.

### 3.5 Unzufriedenheit mit dem tunesischen Projektpartner

Die Unzufriedenheit der Österreicher mit dem tunesischen Projektpartner bzw. der Leistungen der Tunesier, die nicht den Abmachungen entsprochen hätten, sind Thema dieses Abschnitts. Dabei sei wiederum darauf hingewiesen, dass der gesamten Arbeit Quellenmaterial von österreichischer Seite zugrunde liegt und deshalb nur die Perspektive der österreichischen Farmleiter wahrgenommen werden kann. Die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit bzw. andere Aspekte der tunesischen Perspektive, sei es von den Arbeitern auf der Farm oder von den leitenden Personen im OEP, den tunesischen Ministerien oder den exportierten Tieren kann nicht beurteilt werden. Die feststellbare Unzufriedenheit mit der Arbeit des Projektpartners in manchen Bereichen verdient es dennoch erläutert zu werden, da sie doch auch die Herangehensweise der Österreicher in Tunesien deutlich macht.

Der wichtigste Punkt für die Unzufriedenheit österreichischerseits waren die Bauarbeiten für Wohn- und Stallgebäude auf der Farm, die von tunesischer Seite zu leisten waren. Immer wieder wurde in den Berichten geargwöhnt, „die Tunesier“ beabsichtigen die alten Gebäude auf der Farm beizubehalten und nicht, wie vereinbart, neue, passendere zu bauen. So betont bereits 1968 Friedrich Rosmarin nach der Besichtigung der Farm, dass „die Gebäude für die Musterfarm und die Melkerschule [...] neu errichtet werden [müssen]; diese Meinung vertreten auch die Mitglieder der tunesischen Kommission.“ (Rosmarin, 1968). 1970 stellte Austrovieh in einem Brief an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft die Bitte, in dem Vertrag mit Tunesien möge hervorgehoben werden, dass der Kuhstall von Tunesien neu errichtet werden müsse. Denn, so die Vermutung des österreichischen Projektpartners, es sollten nach dem tunesischen Plan die alten Ställe ausgebaut werden. Der Projektleiter habe jedoch klar gemacht, dass dieser Stall absolut nicht geeignet sei und jedenfalls neu gebaut werden müsse. Auch sei eine Lieferung der Zuchttiere erst möglich, wenn der neue Stall fertig sei. (Austrovieh, 1970e) Aufgrund der lange andauernden Bauarbeiten bzw. der Verzögerung des Baubeginns verschob sich in der Folge auch die Lieferung der Zuchttiere mehrmals (Austrovieh, 1973d).

Die von Tunesien zu errichtenden Wohnhäuser für die Österreicher sind ebenso immer wieder Anlass für Kritik und Unzufriedenheit mit dem tunesischen Projektpartner. Austrovieh wies den Farmleiter Regelsberger 1971 dahingehend an, dass er sich gegen alle Versuche der tunesischen Seite, Vertragsleistungen nicht oder ungenügend zu erbringen, zur Wehr setzen müsse: „Ideen wie etwa die Errichtung von Lehmhütten, müßten bei Ihnen sofort höchste Alarmstufe auslösen und dazu führen, daß Österreich mit schwersten Geschützen [wegen einer möglichen Vertragsverletzung, Anm.] auffährt.“ (Austrovieh, 1971d, S.4). Bezüglich des Vorschlages, dass die Österreicher gemeinsam mit Tunesiern in einem Wohnhaus unterkommen sollen, meint Dr. Krisper von Austrovieh: „Da in der Villa auch die tunesischen Experten wohnen, ist weiters darauf Bedacht zu nehmen, daß die Aufteilung der Räume entsprechend dem Status der österreichischen Experten erfolgt und nicht etwa ein Tunesier die schönsten Räume belegt hält.“ (Austrovieh, 1971e, S.2)

Grundsätzlich richtete sich die Unzufriedenheit eher gegen die Arbeitsweise der tunesischen Aufsichtsbehörde, dem OEP, und der in Tunesien zur Verfügung stehenden Infrastruktur als gegen die Arbeit der einzelnen Farmmitarbeiter. Das OEP löst immer wieder Unzufriedenheit aus, etwa weil bereits zugesagte finanzielle Mittel nicht flüssig gemacht wurden, oder es aufgrund von Machtkämpfen und Umwälzungen innerhalb des OEP keine klaren Zuständigkeiten gab. Othmar Regelsberger beschwerte sich beispielsweise im März 1972 über die Unfähigkeit des OEP bei den kompetenten Stellen die abgesprochenen Summen zu erhalten; so wären seit 1971 keine weiteren Mittel flüssig gemacht worden und auch in den nächsten Monaten könne nicht damit gerechnet werden (BMLF, 1972b).

Die Unzufriedenheit der österreichischen Projektleiter bezüglich der tunesischen Infrastruktur bezog sich vor allem auf die Tatsache, dass die meisten Maschinen der Farm nicht in Tunesien repariert und gewartet werden konnten, weil die vorhandenen Werkstätten nicht ausreichend qualifiziert und ausgerüstet waren. Die Lösung für das Problem mit den Reparaturen von Maschinen und Fahrzeugen lautete: Für größere Maschinen werden eigens tunesische Arbeiter nach Österreich in die Werkstätten entsendet, um den Umgang mit den Maschinen zu lernen, oder Techniker österreichischer Firmen werden für ein paar Wochen auf die Farm geholt (Austrovieh, 1973b). Kleinere Fahrzeuge wurden pragmatischerweise von solchen Anbietern bezogen, die in Tunesien Partnerwerkstätten hatten, so wird etwa nicht der geplante VW angeschafft, sondern mangels VW-Werkstätten in Tunesien stattdessen ein Peugeot (Austrovieh, 1972b). Andere benötigte Materialien, wie Gitterzäune, Wasserleitungen und Pumpen wurden jedoch weiterhin getreu dem „Prinzip der Lieferung österreichischer Erzeugnisse“ (Austrovieh, 1972b) von österreichischen Unternehmen bezogen.

Kritik an der Arbeit bzw. Unzufriedenheit mit den zahlreichen tunesischen Mitarbeitern auf der Farm gab es fast keine und wenn dann nur indirekt, etwa wenn in einer Evaluation der technischen Geräte festgestellt wurde, dass die „Maschinen und Traktoren nur so gut [sind], wie ihre Wartung und Bedienung“ (Schröfl, 1974). Im Gegenteil - die tunesischen Mitarbeiter wurden in den Berichten eher gelobt. Ganz zu Beginn des Projektes wurde beispielsweise das System der Belohnung kritisiert, da es keine Möglichkeit gäbe, die überdurchschnittlichen Leistungen mancher tunesischer Arbeitskräfte zu entlohnen (Austrovieh, 1969b).

### 3.6 Selbsteinschätzung

Im Mai 1971, vier Monate vor dem offiziellen Vertragsabschluss wurde die österreichische Öffentlichkeit euphorisch über die Zukunft des österreichischen Braunviehs in Tunesien informiert: „Die Realisierung des Projektes wird dazu führen, dass die im Gebiet des Medjerda-Tals lebenden Rinderrassen allmählich durch Braunvieh verdrängt werden, das es dort in etwa 20 Jahren schon zu Tausenden geben wird.“ (APA, 1971b)

Die Berichte der österreichischen Mitarbeiter waren nicht ganz so euphorisch, jedoch ließen auch sie keinen Zweifel an der Güte der eigenen Arbeit und deren Ergebnisse aufkommen und sparten nicht mit Lob. In fast jedem Bericht wurde erwähnt, dass die Erwartungen erfüllt würden und dass die Besucher\_innen von anderen Farmen und tunesischen Ausbildungsstätten besonders beeindruckt seien. In einem Schreiben aus 1974 betonte Austrovieh den Wunsch nach einer Verlängerung des Projektes und stellte fest, dass „die auf der Farm ZAMA [Hervorhebung im Original] erzielten Ergebnisse von tunesischer Seite sehr anerkannt [werden], sodaß dieses österreichische Projekt als das meistbeachtete unter ähnlichen Musterfarm-Projekten bezeichnet werden kann.“ (Austrovieh, 1974a)

In einem abschließenden Bericht 1977 wurde festgestellt, dass nach Ansicht des Projektträgers die Ziele des Projekts voll erreicht wurden, die Stallkonstruktion, die eigens neu geplant wurde, sich voll bewährt habe und die Ergebnisse der Farm in ganz Nordafrika bekannt seien (Austrovieh, 1977a).

### 3.7 Überhörte Kritik

Ein erster Hinweis auf mögliche Ungereimtheiten oder Probleme auf der Farm Zama findet sich 1972, als Austrovieh um die Entsendung eines österreichischen Experten für

eine betriebswirtschaftliche Analyse ansucht (Austrovieh, 1972c). Ausgewählt wird ein Dr. Alfons, der im Jahr 1972 und 1973 für jeweils rund zwei Wochen nach Tunesien reist. Während sich Austrovieh nach dem ersten Besuch von Alfons auf der Farm über die außerordentliche Hilfe bedankt und sich bestätigt sieht (Austrovieh, 1972a), muss die Bewertung von Dr. Alfons im Jahr 1973 kritischer ausgefallen sein.

Da der Bericht selbst leider nicht Teil des Quellenmaterials ist, können nur die Reaktionen der beteiligten Parteien analysiert werden. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft bemerkt, dass der Bericht von Alfons erahnen lasse, dass die Buchführung nicht ordnungsgemäß sei und fragt bei Austrovieh nach, welche Veranlassungen getroffen worden seien, um eine ordentliche Buchführung zu gewährleisten. (BMLF, 1973) Die Reaktion Austrovihs zeigt wenig Verständnis: Erstens sei die Buchhaltung selbstverständlich vollkommen und lückenlos geführt worden. Da allerdings die Verarbeitung der Unterlagen zentral in Tunis erfolge, würde nach dem ersten Besuch Alfons 1972 parallel zur staatlichen Buchhaltung eine Betriebsbuchhaltung angelegt. Es sei jedoch schwierig an die Daten zu gelangen, welche nur der zentralen Buchhaltung in Tunis zur Verfügung stünden. Zweitens sei die Kritik überschießend, da Alfons die Einsicht in die Farmführung fehle. (Austrovieh, 1973c)

Umfassender fällt die Kritik von Josef Pernerstorfer aus, der im Auftrag des Bundeskanzleramtes im März 1975 eine Reise nach Tunesien unternahm und in einem Bericht die drei österreichischen Rinderzuchtprojekte zu diesem Zeitpunkt beurteilte. In Bezug auf die Musterfarm Zama kritisiert Pernerstorfer neben der ungenügenden betriebswirtschaftlichen Führung drei Aspekte, die im Folgenden erläutert werden sollen: Erstens sei der Ausbildungsaspekt stark vernachlässigt worden, zweitens sei der Effekt der Ausstrahlung der Farm als Vorbild und Modell in der Region gering und drittens sei der Versuch einer Verdrängungskreuzung nicht ernsthaft in Angriff genommen worden. (Pernerstorfer, 1975)

Die Ausbildung von tunesischem Personal im Umgang mit den österreichischen Maschinen und der „rationellen Rinderzucht“ ist ebenso wie die Einschulung der zukünftigen Leiter der Farm von Anfang an Teil des Projekts. So etwa die Erläuterungen zum Vertrag:

„Die Errichtung und Führung eines Landwirtschaftsbetriebes und einer Musterfarm in Tunesien ist österreichischerseits auch deswegen von besonderem Interesse, da in diesem Rahmen Gelegenheit geboten wird, die tunesischen Arbeitskräfte und die zukünftigen Leiter des Betriebes [...] an [den] österreichischerseits zur Verfügung zu stellenden Anlagen und Maschinen zu schulen.“ (EBRV 226 GP, 1972, S.8)

Zu diesem Zweck sollten diese „zeitgerecht mit allen einschlägigen Agenden vertraut“ (ebd.) gemacht werden. Die zeitlich nicht früh genug begonnene Einbeziehung der tunesischen Co-Leiter<sup>8</sup> in die Entscheidungsfindung wurde von Pernerstorfer nicht als erstem erwähnt. Austrovieh wies in einem Brief an Regelsberger bereits 1971 darauf hin, dass es notwendig sei, tägliche Einsatzbesprechungen auf der Farm abzuhalten, um damit zu erreichen, „daß einerseits jeder Ihrer österreichischen Mitarbeiter über das Programm des betreffenden Tages informiert wird und andererseits die tunesischen Mitarbeiter zu geordneten Arbeitszeiten und zur Übernahme bestimmter Verantwortlichkeiten herangezogen“ (Austrovieh, 1971d) werden können. In der Stellungnahme zu Pernerstorfers Bericht reagierte Austrovieh auf die Kritik der mangelnden Ausbildung von zukünftigen Führungspersonen mit dem Argument, dass die Ausbildung von einheimischen Betriebsführern „gemäß dem zwischen der Republik Österreich und der Republik Tunesien abgeschlossenen [sic] Vertrags keine Zielsetzung des Projekts“ (Austrovieh, 1975, S.3) sei. Ansonsten wird dargestellt wie viele Lehrlinge und Praktikanten zu diesem Zeitpunkt auf der Farm tätig sind (Austrovieh, 1975, S.2).

Die Farm Zama wurde als Musterfarmbetrieb geplant und auch durchgehend als solcher bezeichnet und beworben. Pernerstorfer kritisiert in seinem Bericht: „Die Ausstrahlung der Farm als Vorbild und Modell ist recht gering. Es kann sich nur auf die Großbetriebe der Umgebung auswirken, da nur diese über die nötigen Mittel zur Nachahmung [...] verfügen.“ und weiter

„Die Errichtung von Musterfarmen mit vorwiegend ausländischem, als Geschenk zur Verfügung gestelltem Kapital ist an sich schon problematisch. Der Nutzeffekt hängt immer von der Gültigkeit des Modellcharakters ab. Im vorliegenden Fall scheinen nur Staatsgüter und Großgrundbesitzer in der Lage zu sein, dieses Modell zu imitieren.“ (Pernerstorfer, 1975, S.1f)

Austrovieh in der Stellungnahme knapp: „Die Farm ist in ihrer Größenordnung zweifellos ein Vorbild für die 22 kooperativen Großbetriebe des Medjera-Tals, aber auch für die größeren Privatbetriebe.“(Austrovieh, 1975)

Der dritte Kritikpunkt Pernerstorfer betrifft die Verdrängungskreuzung, also die Kreuzung der einheimischen Rasse mit dem österreichischen importierten Braunvieh, um die lokale Rinderrasse leistungsstärker zu machen. Dazu meint Pernerstorfer, dass das Programm auf der Farm Zama mit 16 Kühen nicht sehr groß sei und jedenfalls erweitert werden müsse. (Pernerstorfer, 1975) Ursprünglich war in den Verträgen geplant gewesen, dass von tunesischer Seite 60 einheimische Rinder für die Versuche der Kreuzungen zur Verfügung

---

<sup>8</sup> Jedem der Österreicher auf der Farm wurde für seinen jeweiligen Bereich (Farmleitung, Stall und Maschinen) ein tunesischer Co-Leiter beigegeben.

gestellt würden. Diese Plan scheiterte jedoch vorwiegend daran, dass große Teile der lokalen Rinder mit Brucellose-Erregern infiziert waren und zur Vermeidung einer Ansteckung von österreichischer Seite beschlossen wurde, auf die Lieferung aller 60 Rinder zu verzichten (Austrovieh, 1970c). In der Stellungnahme verweist Austrovieh darauf, dass die Haltung der Kreuzungstiere nur demonstrativen Charakter habe und dass die Konzeption der Farm, soweit es das Züchtungsprogramm betraf, unbedingt im Zusammenhang mit den Projekten 501 und 502 gesehen werden müsse (Austrovieh, 1975). Mit den importierten Stieren für Projekt 501 war eine Verdrängungskreuzung geplant, die Abstimmung des Projekts mit Zama funktionierte jedoch eher schlecht, wie etwa dadurch gezeigt wird, dass „die Jungtiere aus Zama nur schwer absetzbar“ waren, weil „viele Bauern außerdem auf die kostenlose Überlassung eines Stieres aus dem Projekt 501“ hofften (Pernerstorfer, 1975, S.2).

Im Vergleich zur Evaluation der Projekte 501 und 502 erscheint die Farm Zama als gut funktionierender Betrieb. Bei den Projekten 501 und 502 wurden von Pernerstorfer umfassende Mängel in der Konzeption und Durchführung beanstandet. Einige der problematischen Punkte, die Pernerstorfer anführt, sind das Desinteresse der Stierhalter an der Weitergabe ihres Stieres aus Furcht vor Ansteckung; die Haltung der Braunviehtiere im Stall, während die Kuhherde draußen ist, weshalb die Kühe auch nur selten von den Braunviehtieren gedeckt werden, dass die Zielgruppe der Bauern, die einen Stier erhalten haben falsch ausgewählt sei, da es sich bei ihnen um Mittel- und Großbauern handle, „die sich einen Rassestier selbst kaufen könnten“ (Pernerstorfer, 1975, S.3). Weitere Kritikpunkte waren auch die mangelhafte Betreuung der in der Hochleistungszucht unerfahrenen Bauern durch Rinderexperten und Tierärzte und dass es in der Region zu dieser Zeit bereits so viele Braunviehtiere gäbe, dass „bei zielbewusstem Einsatz ein Import gar nicht mehr nötig wäre“ (ebd.). Zusammenfassend fordert Pernerstorfer eine umfassende Neuformulierung der beiden Projekte 501 und 502 und keine weiteren Viehlieferungen in den folgenden zwei Jahren, bis die strukturellen Probleme der Projekte behoben worden seien. (Pernerstorfer, 1975)

Dass die Kritik an den Projekten bei Austrovieh auf taube Ohren stieß, zeigt vor allem der weitere Verlauf der Projekte 501 und 502, bei denen trotz der umfassenden Kritik an der Projektplanung und Durchführung an der ursprünglich geplanten Menge von Zuchtstieren und Kalbinnen festgehalten wurde. In den folgenden Jahren wurden insgesamt 500 Stiere und 1200 Kalbinnen nach Tunesien geliefert. (Austrovieh, 1977b, 1977a)

### 3.8 Sekundärliteratur

Über die frühen Rinderfarmprojekte der österreichischen Entwicklungshilfe in Tunesien, und vor allem über Zama, gibt es fast keine Sekundärliteratur. Im Gegensatz dazu sind zu den späteren Projekten, zur Farm Bouzid und vor allem zum Projekt P.I.E.T.A viele Publikationen erschienen. Zur Farm Zama finden sich nur zwei Veröffentlichungen: Kurt Mauler befasste sich 1979 mit der Evaluation der Tierzuchtprojekte auf rund 30 Seiten und Richard Langthaler schrieb 1984 sechs Seiten über die österreichische Entwicklungshilfe im Bereich der Tierzucht. Beide geben vor allem die Rahmendaten der Farm Zama an, wer – wo – wie – was – wie lange, und beziehen sich auf technische Aspekte. Mauler befand, dass tierzüchterische Erfolge erzielt worden seien, dass ein Interesse an Braunvieh geweckt worden sei und die Farm nach der Übergabe an Tunesien funktioniert habe, wenn auch nicht mehr ganz so erfolgreich. Negativ beurteilt er, dass die ökonomische Seite der Farm gegenüber der technischen stark vernachlässigt wurde. (Mauler, 1979) Langthaler bezieht sich auf Maulers Evaluierung und wiederholt dessen Analyse der Mängel in der betriebswirtschaftlichen Betreuung und im Demonstrationseffekt auf die Bauern. Zum Zeitpunkt der Abfassung des Artikels von Langthaler gab es seinen Angaben nach auf der Farm 200 Rassekühe, davon 40 aus der Nachzucht und 60 neue aus Österreich. (Langthaler, 1984, S. 2)

## 4. Conclusio

„Da die heimische Rinderzucht seit Jahren mit einer Absatzkrise zu kämpfen habe, seien Algerien, Tunesien, Ghana und anderen Staaten Zuchtrinder angeboten worden. Zum Aufbau einer Rinder- und Milchproduktion in diesen Breitengraden habe man auch kostenlos erfahrenes Fachpersonal zur Verfügung gestellt. Auf diese Art konnten für beide Partner des Projekts bleibende Vorteile geschaffen werden.“(ÖZfA, 1975, S.366)

Grundidee hinter dem Projekt der Musterfarm Zama war die Entsendung von drei „österreichischen Experten“ nach Tunesien, die die Musterfarm leiten und mithilfe einer viel größeren Zahl an tunesischen Arbeitskräften verwalten sollten. In zahlreichen Berichten von Austrovieh an die Bundesministerien, wurde euphorisch berichtet, wie gut das Projekt bei den tunesischen Behörden angekommen sei, und wie überraschend gut die Erfolge der Zucht auf der Farm Zama für die dortigen Umstände seien. Auch in Zeitungsberichten in Österreich wird nicht mit Lob über das Projekt gespart, immer mit

dem Hinweis auf die zukünftigen Absatzchancen für weitere österreichische Exporte.

Unter dem Begriff „Entwicklungshilfe“ wird gemeinhin ein Engagement verstanden, das etwas mit Wohltätigkeit, Uneigennützigkeit und Hilfsbereitschaft zu tun hat, und das sich im idealen Fall an den Bedürfnissen der die Hilfe empfangenden Personengruppe orientiert. Tatsächlich wurde von Österreichern in Tunesien eine Farm mit österreichischen Maschinen, österreichischen Rindern, österreichischem Saatgut und österreichischen Düngemitteln aufgebaut, geleitet und verwaltet. Die Ursprünge des Projektes lagen in der Überschüsse produzierenden österreichischen Zuchtrinderindustrie, die sich in einer Absatzkrise befand und die, im Rahmen der sich auch im außereuropäischen Raum entwickelnden aktiveren Außenpolitik Österreichs, die Möglichkeit nützen konnte, im Rahmen der Wirtschaftsförderung und unter dem Titel der Entwicklungshilfe nach Tunesien zu exportieren. In der heutigen Entwicklungszusammenarbeit würde man es wahrscheinlich eine erfolgreiche Form von *Public-Private-Partnership* (PPP) nennen.

## 5. Quellen

### 5.1 Primärquellen

APA (1966) *Abkommen über Entwicklungshilfe für Tunesien: Agrarflugprojekt, 07.01.1966.*

APA (1967) *Kommenden Herbst Entwicklungsfragen-Tagung in Wien, 05.07.1967.*

APA (1968) *Empfänge bei Jonas, 01.04.1968.*

APA (1971a) *Aviso an die Redaktionen, 11.05.1971.*

APA (1971b) *Österreichische Entwicklungshilfe für Tunesien, 12.05.1971.*

APA (1972) *Kirchschläger trat Tunesienbesuch an, 10.12.1972.*

APA (1974) *Veselsky: 10 Millionenkredit für Indonesien, 17.09.1974.*

Austrovieh (1966) *Amtsvermerk.*

Austrovieh (1968a) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, 19.04.1968.*

Austrovieh (1968b) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, 27.12.1968.*

Austrovieh (1969a) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, 15.12.1969.*

Austrovieh (1969b) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 19.05.1969.

Austrovieh (1970a) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 06.05.1970.

Austrovieh (1970b) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 08.06.1970.

Austrovieh (1970c) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 10.09.1970.

Austrovieh (1970d) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 28.09.1970.

Austrovieh (1970e) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 29.09.1970.

Austrovieh (1971a) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 03.12.1971.

Austrovieh (1971b) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 18.01.1971.

Austrovieh (1971c) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 19.02.1971.

Austrovieh (1971d) *Brief an Dr. Regelsberger*, 14.12.1971.

Austrovieh (1971e) *Brief an Dr. Regelsberger*, 25.11.1971.

Austrovieh (1972a) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 06.12.1972.

Austrovieh (1972b) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 07.09.1972.

Austrovieh (1972c) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 22.08.1972.

Austrovieh (1973a) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 04.07.1973.

Austrovieh (1973b) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 10.08.1973.

Austrovieh (1973c) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 10.09.1973.

Austrovieh (1973d) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 31.01.1973.

Austrovieh (1973e) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Bericht über 1. Halbjahr 1973*, 03.10.1973.

Austrovieh (1974a) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 04.07.1974.

Austrovieh (1974b) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 07.08.1974.

Austrovieh (1974c) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 16.01.1974.

Austrovieh (1974d) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 25.03.1974.

Austrovieh (1975) *Brief an Bundeskanzleramt, Gruppe Entwicklungshilfe*, 28.05.1975.

Austrovieh (1976) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 07.05.1976.

Austrovieh (1977a) *Brief an Bundeskanzleramt*, 23.03.1977.

Austrovieh (1977b) *Brief an Bundeskanzleramt, Gruppe Entwicklungshilfe*, 23.08.1977.

- Austrovieh (1977c) *Brief an Bundeskanzleramt, Gruppe Entwicklungshilfe, Bericht über 1. Halbjahr 1977*, 17.08.1977.
- Austrovieh (1977d) *Brief an Bundeskanzleramt, Gruppe Entwicklungshilfe, Bericht über 2. Halbjahr 1976*, 24.01.1974.
- BGBI 254/1965 *Notenwechsel über die Aufhebung der Sichtvermerkpflcht zwischen Österreich und Tunesien*. [Online]. Available from: [https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1965\\_254\\_0/1965\\_254\\_0.pdf](https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1965_254_0/1965_254_0.pdf).
- BGBI 255/1965 *Notenwechsel betreffend den Abschluss eines Übereinkommens zwischen Österreich und Tunesien über die Heimbeförderung tunesischer und österreichischer Staatsangehöriger*. [Online]. Available from: [https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1965\\_254\\_0/1965\\_254\\_0.pdf](https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1965_254_0/1965_254_0.pdf).
- BGBI 51/1966 *Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Tunesien betreffend technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes*. [Online]. Available from: [https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1966\\_51\\_0/1966\\_51\\_0.pdf](https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1966_51_0/1966_51_0.pdf).
- BGBI 251/1967 *Luftverkehrsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Tunesien*. [Online]. Available from: [https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1967\\_251\\_0/1967\\_251\\_0.pdf](https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1967_251_0/1967_251_0.pdf).
- BMLF (1967) *Brief an das Bundesministerium für Finanzen*, 02.08.1967.
- BMLF (1968) *Vermerk*, 17.12.1968.
- BMLF (1970a) *Brief an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten*, 30.05.1970.
- BMLF (1970b) *Brief an Austrovieh*, 11.06.1970.
- BMLF (1972a) *Brief an Austrovieh*, 02.02.1972.
- BMLF (1972b) *Brief an Austrovieh, Übermittlung von Amtsvermerken*, 12.06.1972.
- BMLF (1973) *Brief an Austrovieh*, 20.08.1973.
- Bobleter, C.H. (1966) Österreich vor der Aufgabe der Entwicklungshilfe. *Österreichische Monatshefte*. 22 (7-8), 65–66.
- Bundeskanzleramt, Gruppe Entwicklungshilfe (1975) *Brief an Austrovieh*, 06.05.1975.
- Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten (1973) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 08.08.1973.
- Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten (1970) *Brief an Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft*, 31.08.1970.
- Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (2014) *Bilaterale Verträge Österreich - Tunesien*. Available from: [http://www.bmeia.gv.at/botschaft/strassburg/bilaterale-beziehungen/bilaterale-vertraege.html?LNG=de&submit=1&mode=country&vb\\_vp\\_id=178&dv\\_staat=179&dv\\_name=Tunesien&cHash=3cf59bc4da1bedao44e5f07d796ab59c](http://www.bmeia.gv.at/botschaft/strassburg/bilaterale-beziehungen/bilaterale-vertraege.html?LNG=de&submit=1&mode=country&vb_vp_id=178&dv_staat=179&dv_name=Tunesien&cHash=3cf59bc4da1bedao44e5f07d796ab59c) [30 Juni 2015].

- Czernetz, K. (1957) Die Internationale zur Weltlage. *Die Zukunft*. (5-6), 134–139.
- EBRV 226 GP (1972) *Erläuterungen zur Regierungsvorlage*.
- Kreisky, B. (1962) Die Rolle Österreichs im Rahmen der Entwicklungshilfe Europas. In: Bruno Kreisky (ed.). *Reden Bd.1, 1981*. Wien, Verlag der österreichischen Staatsdruckerei. 350–359.
- Kreisky, B. (1964a) Die Fragen der Entwicklungshilfe und die Außenpolitik. In: Bruno Kreisky (ed.). *Reden Bd.1, 1981*. Wien, Verlag der österreichischen Staatsdruckerei. 519–527.
- Kreisky, B. (1964b) Österreich auf der Welthandelskonferenz. *Die Zukunft*. (8), 5–6.
- o.A. (1971) *Musterfarm - Ziele des Projekts, französisch mit deutscher Übersetzung, 11.01.1971*.
- ÖZfA (1975) *Chronik zur österreichischen Außenpolitik*.
- ÖZfA (1971) *Chronik zur österreichischen Außenpolitik*.
- ÖZfA (1973) *Chronik zur österreichischen Außenpolitik*.
- ÖZfA (1964) *Die österreichische Handels- und Zollpolitik. August 1963 - Juli 1964. Teil II des Berichts über die Geschäftstätigkeit des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau im Arbeitsjahr 1963/64*. 220–235.
- Pernerstorfer (1975) *Bericht Tunesienreise, 11.04.1975*.
- Prokop, K. (1962) Geht Europa an seiner Überheblichkeit zugrunde? *Die Zukunft*. Soll man den Kongonegern helfen? Eine Diskussion über die Probleme der Entwicklungshilfe (3), 71–72.
- Regelsberger, O. (1971) *Meine persönliche Meinung zum derzeitigen Projektstand, 14.01.1971*.
- Rosmarin, F. (1968) *Bericht über die Tätigkeit in Tunesien, als Mitglied der österreichischen landwirtschaftlichen Kommission*.
- RV 226 XIII GP (1972) *Regierungsvorlage: Abkommen über die Technische Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der Republik Tunesien, betreffend die Errichtung und temporäre Führung eines Landwirtschaftsbetriebes mit Tierzucht-Musterfarm*.
- Schröfl, J. (1974) *Bericht und Stellungnahme zur technischen Einrichtung. Entwicklungshilfe Tunesien; Überprüfung und Verlängerung des Projektes Zama, 04.11.1974*.
- Strasser, P. (1962) Hilfe zur Selbsthilfe. *Die Zukunft*. Soll man den Kongonegern helfen? Eine Diskussion über die Probleme der Entwicklungshilfe (3), 65–66.
- Theodor-Körner Stiftung (1962) Zusammenarbeit für die Entwicklung. Erklärung der Salzburger Konferenz der Theodor-Körner-Stiftung über wirtschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft. *Die Zukunft*. 213–216.
- VIDC (2014) *Geschichte*. VIDC - Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation. <http://www.vidc.org/institut/geschichte/> [30. Juni 2015].

- Waldheim, K. (1969) Österreich - Ein Friedensfaktor der Weltpolitik. *Österreichische Monatshefte*. 20–27.
- Weichs, C. (1969) *Brief an Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Errichtung einer österr. Musterfarm in Tunesien; Aufenthalt einer österr. Expertenkommission in Tunesien vom 30.7. - 10.8.1968.*
- Weihls, O.; Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft (1973) *Brief an den Vorsitzenden der Österreichischen Stickstoffwerke, 24.10.1973.*
- Weihls, O.; Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft (1971) *Brief an Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, 13.05.1971.*
- Weiß, L. (1962) Entwicklungshilfe verlangt Opfer. *Die Zukunft*. Soll man den Kongonägern helfen? Eine Diskussion über die Probleme der Entwicklungshilfe (3), 66–67.

## 5.2 Sekundärliteratur

- Hödl, G. (2004) *Österreich und die Dritte Welt. Außen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995*. Wien, Promedia.
- Hummer, W. (2013) Der internationale Status und die völkerrechtliche Stellung Österreichs seit 1918. In: August Reinisch (Hrsg.). *Österreichisches Handbuch des Völkerrechts. Band I: Textteil*. 5. Auflage . Wien, Manz.
- Langthaler, R. (1984) *Die Österreichische Entwicklungshilfe an Tunesien im Bereich der Tierzucht seit 1971*. Tunis.
- Mauler, K. (1979) *Evaluierung österreichischer Tierzuchtprojekte in Tunesien*.